



**Gesamtpersonalrat für das Land und
die Stadtgemeinde Bremen**



**Freie
Hansestadt
Bremen**

Auskunft erteilt
Edmund Mevissen

Telefon (0421) 361 2215
Fax (0421) 496 2215

Bremen, den 8. März 2006

PRESSEDIENST

Bremen soll TVöD übernehmen

GPR-Vorsitzender Mevissen: Lühr soll Alleingänge unterlassen

„Wer tarifliche Öffnungsklauseln fordert, verabschiedet sich zugleich vom Verfassungsauftrag, gleiche Lebensverhältnisse im Bundesgebiet herzustellen.“ Mit diesen Worten kommentiert der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, Edmund Mevissen, die Äußerungen von Finanzstaatsrat Henning Lühr in der heutigen Ausgabe des Weser-Kurier, denen zufolge Bremen sich in der aktuellen Tarifaueinandersetzung für einen Notlagen-Tarifvertrag einsetzen wolle.

Dagegen hatte der Präsident des Senats, Bürgermeister Jens Böhrnsen, vor Personalräten erklärt, Bremen strebe Öffnungsklauseln nicht aktiv an. Aus Sicht des Gesamtpersonalrats ist dies auch die einzig schlüssige Position. „Bremen sieht sich zu Recht in der bundesstaatlichen Finanzverteilung benachteiligt“, meint Mevissen. „Dies kann aber nicht als Begründung für eine Benachteiligung der Beschäftigten herhalten.“ Zudem sei abzusehen, dass eine solche Strategie nicht bei schlechteren Bedingungen für die Beschäftigten endet, sondern auch zu niedrigeren Dienstleistungsstandards für die Bürgerinnen und Bürger führt: Schlechter ausgestattete KiTas und Einschnitte beim Unterricht in den Schulen, weniger Sicherheit und längere Wartezeiten im Bürgerservice als im Bundesdurchschnitt.

Die öffentlich Bediensteten Bremens leisteten die gleiche Arbeit wie ihre Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern und Städten. Das müsse sich dann auch bei der Bezahlung widerspiegeln, sagt Mevissen. Er fordert Lühr auf, „seine Alleingänge zu unterlassen und sich, wie der schleswig-holsteinische Innenminister Ralf Stegner, für eine schnelle Einigung auf einen Tarifvertrag für den gesamten öffentlichen Dienst einzusetzen. Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) ist dafür die richtige Grundlage. Forderungen nach längeren Arbeitszeiten sind angesichts der Arbeitsmarktlage absurd.“

